



## Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 19. Sitzung des  
Finanzausschusses der Stadt Eberswalde  
am 11.11.2010, 18:00 Uhr,  
im Rathauspassage Eberswalde, Konferenzraum,  
3. Etage, Breite Straße 39, 16225 Eberswalde

### TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 18. Sitzung des Finanzausschusses der Stadt Eberswalde vom 07.10.2010
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen des Ortsvorstehers Ortsteil Brandenburgisches Viertel
8. Informationen aus der Stadtverwaltung
- 8.1 Information zum Stand Umsetzung Personalentwicklungskonzept (PEK)
9. Informationsvorlagen
- 9.1 **Vorlage:** I/029/2010 **Einreicher zuständige Dienststelle:** 20 - Kämmerei  
  
Über- und außerplanmäßige Ausgaben per 31.12.2009
- 9.2 **Vorlage:** I/030/2010 **Einreicher zuständige Dienststelle:** 20 - Kämmerei  
  
Information zu Spenden an die Stadt Eberswalde per 30.06.2010

10. Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
11. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
- 11.1 **Vorlage:** BV/448/2010 **Einreicher zuständige Dienststelle:** 14 - Rechnungsprüfungsamt
- Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009
- 11.2 **Vorlage:** BV/458/2010 **Einreicher zuständige Dienststelle:** 17 - Steuerungsdienst
- Abtretung von Ansprüchen auf Entschädigung nach § 9 GBBerG an die WHG

#### **TOP 1**

##### **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Sponner, eröffnet die 19. Sitzung des Finanzausschusses um 18:00 Uhr.

#### **TOP 2**

##### **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Sponner stellt fest

- form- und fristgerecht eingeladen
- Finanzausschuss beschlussfähig
- 8 Mitglieder anwesend
- keine Einwendungen

**TOP 3**

**Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 18. Sitzung des Finanzausschusses der Stadt Eberswalde vom 07.10.2010**

(Herr Morgenroth nimmt ab 18:05 Uhr an der Sitzung teil)

- Somit sind 9 Mitglieder anwesend -

- Beantwortung der noch offenen Anfragen aus der Sitzung vom 07.10.2010:

. Seite 3

. Die Verwaltung wird die geforderte Verkehrsberuhigung in der Finsterwalder Straße und Lausitzer Straße prüfen

- Antwort von Herrn Gatzlaff

. derzeit werden von der Stadtverwaltung Verkehrszählungen und -messungen durchgeführt

. Entscheidung wird nach Auswertung getroffen

. Seite 8 - Anfrage von Frau Schweda

. ob in den vergangenen Jahren Vertragsstrafen bei VOB-Verträgen vereinbart wurden und wenn ja - wurden bzw. werden diese geltend gemacht?

- Antwort von Herrn Gatzlaff

. Vertragsstrafen werden generell vereinbart, mussten bisher nicht in Anspruch genommen werden

**Abstimmung:** die Niederschrift wird mehrheitlich befürwortet

**TOP 4**

**Feststellung der Tagesordnung**

- Herr Sponner

weist darauf hin, dass die Vorlage BV/448/2010

- Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009 -

im Finanzausschuss als Informationsvorlage behandelt werden muss

**Abstimmung:** einstimmig befürwortet

#### TOP 5

##### Informationen des Vorsitzenden

- Herr Sponner
  - . teilt mit, dass der Rahmenarbeitsplan für das 1. Halbjahr 2011 mit den Unterlagen für die Finanzausschusssitzung am 02.12.2010 verteilt wird

#### TOP 6

##### Einwohnerfragestunde

- keine

#### TOP 7

##### Informationen des Ortsvorstehers Ortsteil Brandenburgisches Viertel

Herr Zinn als Ortsvorsteher gibt Informationen zum Ortsteil Eberswalde (die Ausführungen liegen als **Anlage 2** dem Protokoll bei).

In der **Anlage 3** bittet Herr Zinn um Hilfeleistungen für die Kleiderkammer und sozialer Service e. V. (K.u.s.s.e.V.) mit dem Hinweis, dass die Kleiderkammer in eine solide Trägerschaft überführt werden müsste.

#### TOP 8

##### Informationen aus der Stadtverwaltung

- Herr Gatzlaff
  - . Information aus der Stadtverordnetenversammlung Oktober 2010 zur Umschuldung eines Kredites
    - . Stadtverwaltung sollte den Zuschlag bekannt geben
    - . den Zuschlag für die 606 T€ Umschuldungsbetrag hat die Investitionsbank des Landes Brandenburg erhalten
  - . im letzten Finanzausschuss wurde die Frage nach den Gleittagen für die Beschäftigten der Stadtverwaltung gestellt
    - . ein Mitarbeiter in der Stadtverwaltung darf bis zu 20 Plus-Stunden und 15 Minus-Stunden haben
    - . innerhalb von 6 Wochen muss ein Ausgleich bei Mehrstunden erfolgen, die über der allgemeinen Grenze von 20 Stunden liegen

- . mit dem letzten Protokoll wurde das Angebot zum „Planspiel für Kommunen und ihre Beschäftigten“ - „Steuerung mit dem doppelten Haushalt“ übergeben
- . Herr Gatzlaff stellt nochmals die Frage, ob Interesse besteht?
  
- . keine Meldungen
  
- . Herr Gatzlaff weist darauf, dass es Überlegungen seitens der Stadtverwaltung gibt, dieses Planspiel für die Amtsleiter und Sachgebietsleiter durchzuführen - dann würden die Stadtverordneten nochmals mit eingeladen

### **TOP 8.1**

#### **Information zum Stand Umsetzung Personalentwicklungskonzept (PEK)**

- Herr Gatzlaff
  - . gibt einen Zwischenstand zum Personalentwicklungskonzept anhand einer Power-Point-Präsentation
  
- Fragen zur Präsentation
  - . Herr Zinn
    - . bemängelt, dass die Außenstelle im Brandenburgischen Viertel aufgrund von Krankheitsausfällen der Mitarbeiterinnen im Bürger- und Ordnungsamt des Öfteren geschlossen werden muss - wo liegen die Ursachen für die Krankheitsausfälle?
  
- Antwort von Herrn Gatzlaff
  - . die Mitarbeiter im Bürger- und Ordnungsamt sind nicht häufiger krank als in anderen Ämtern, allerdings hat die Stadtverwaltung kaum noch Personalreserven
  - . bei krankheitsbedingten Ausfällen in Ämtern mit Publikumsverkehr können diese nicht mehr aufgefangen werden und das wird für die Bürger spürbar
  
- . Herr Zinn
  - . fragt weiter, Herr Gatzlaff hat in der Präsentation dargelegt, dass die Verwaltung ein Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger ist, gilt das auch für die Verwaltungsspitze?
  
- Antwort von Herrn Gatzlaff
  - . natürlich gilt das auch für die Verwaltungsspitze
  - . Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger sind alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung vom Bürgermeister bis zum „letzten“ Mitarbeiter

- . Herr Nerbe
  - . fragt nach, ob regelmäßig Mitarbeitergespräche geführt werden?
  - Antwort von Herrn Gatzlaff
    - . 3x im Jahr (im November, Januar und Juni/Juli) werden mit den Mitarbeitern im Rahmen der leistungsorientierten Bezahlung Gespräche geführt
  
- . Herr Nerbe
  - . fragt weiter, wenn in den nächsten Jahren viele ältere Mitarbeiter ausscheiden, nach welchen Kriterien werden neue Mitarbeiter eingestellt, werden ältere Bewerber ausgeschlossen?
  - Antwort von Herrn Gatzlaff
    - . entschieden wird nach der Leistung, ältere Bewerber werden nicht ausgeschlossen, nur weil sie älter sind (wäre ein Verstoß gegen das AGG)
  
- . Herr Eydam
  - . bittet darum, die gegebenen Informationen zu ausgeschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Neubesetzungen mit im Protokoll aufzunehmen
  - Herr Gatzlaff
    - . teilt mit:
      - seit Inkrafttreten des PEK im Dezember 2009:
        - 8 Einstellungen (davon 7 Wiederbesetzungen)
        - 9 Stellen freigeworden und gestrichen
  - Hinweis von Herrn Gatzlaff
    - . aufgrund der erhöhten Kinderzahlen und geändertem Betreuungsschlüssel im KITA-Bereich wurden seit 2008 15,5 neue Stellen geschaffen, d. h., das was an Personal eingespart wurde, wird durch den KITA-Bereich wieder ausgeglichen
    - . in 2008 waren im Stellenplan 473,7 Stellen, würde der KITA-Bereich rausgerechnet werden, wären wir in 2011 bei 444,6 Stellen im Stellenplan



**TOP 9.2**

**Vorlage:** I/030/2010

**Einreicher  
zuständige**

**Dienststelle:** 20 - Kämmerei

**Information zu Spenden an die Stadt Eberswalde per 30.06.2010**

**Der Finanzausschuss nimmt die Information zum Spendenbericht per 30.06.2010 zur Kenntnis.**

**TOP 10**

**Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk.Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u.den Beauftragten gemäß Hauptsatzung**

Herr Nerbe

- . im Hauptausschuss soll darüber diskutiert werden, die Grundsteuer anzuheben, damit sollen Mehreinnahmen von 360 T€ erreicht werden
- . seine Frage bezieht sich darauf, ob die Regelung im Kommunalen Finanzausgleich Berücksichtigung fand?
  
- Frau Geissler erläutert die Verfahrensweise des Finanzausgleiches und bestätigt die Mehreinnahmen von 360 T€, die erreicht werden könnten
  
- Herr Eydam
  - . möchte diesen Punkt nicht weiter diskutieren, da er nicht Bestandteil der Tagesordnung ist, es sollte nur daran gedacht werden, wie sich die Erhöhung auf die Mieter, Wohnungsgesellschaften und Eigenheimbesitzer auswirken wird
  
- Antwort von Herrn Gatzlaff
  - . jeder müsste 10 % mehr zahlen als er in 2010 an Grundsteuer gezahlt hat
  
- Herr Triller
  - . aus der Presse hat Herr Triller erfahren, dass mit dem Bau der Fernwärmeleitung durch HOKAWA begonnen wurde
  - . die Stadt ist in der Arbeitsgruppe mit einer Person vertreten, die nur informativ daran teilnahm
  - . er sieht an dieser Stelle Handlungsbedarf für die Stadt



- Herr Morgenroth
  - . fragt nach, wer dann bei Kostenerstattung Vorteile hat?
  
- Antwort von Frau Wendlandt
  - . freie Träger, weil sie entweder nicht nach TVÖD zahlen oder jüngere Erzieherinnen haben
  
- Herr Nerbe
  - . hat eine Frage zur Vollstreckung
  - . werden Säumniszinsen erhoben, wenn seit 2007 nicht bezahlt wurde?
  
- Antwort von Herrn Gatzlaff
  - . für die Steuern und Gebühren werden Säumniszuschläge erhoben
  - . für privatrechtliche Forderungen Verzugszinsen
  
- Herr Morgenroth
  - . fragt nach, ob die Kindergartenabrechnung eine Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes ist?
  
- Antwort von Herrn Gatzlaff
  - . die Aufgabe liegt bisher traditionell beim Rechnungsprüfungsamt, sollte aber künftig beim Fachamt liegen
  - . im Rahmen der Umstrukturierung und Aufgabenübertragung wird geprüft, ob die Abrechnung durch das Amt 40 erfolgen kann
  
- Herr Hafemann
  - . hat eine Frage zur Vollstreckung
  - . den Fachämtern wird eine schleppende Bearbeitung der Vorgänge vorgeworfen, welche Konsequenzen zieht die Stadtverwaltung?
  
- Antwort von Herrn Gatzlaff
  - . die schleppende Bearbeitung liegt nicht daran, dass nicht vollstreckt wird
  - . wenn die Kasse feststellt, dass nichts vollstreckt werden kann, muss das Fachamt die **Niederschlagung** der offenen Forderungen durchführen
  - . das ist wiederum ein Personal- und Zeitproblem
  - . die Fachämter werden soweit wie möglich unterstützt
  - . Sanktionen werden nicht eingeleitet, da durch die verzögerte Bearbeitung kein Einnahmeverlust entsteht, sondern nur festgestellt wird, dass bestimmte Einnahmen nicht erzielt werden können

- Herr Fischer
  - . das Rechnungsprüfungsamt hat bei der Prüfung der Rechnungen Fehler in Höhe von 23.000 € festgestellt, in zwei Fällen wurden Mahnungen an die Stadt geschickt für nicht bezahlte Rechnungen
- Frau Wendlandt hat festgestellt:
  - 20.698,88 € - Rechnung für Energie und
  - 2.990,24 € - Leasingraten
- Herr Morgenroth
  - . sieht ein Problem bei der Übertragung der Haushaltsmittel im Verwaltungshaushalt in Höhe von 100 %
  - . in den letzten Jahren waren es 50 %, was er auch aufgrund der Haushaltssituation befürwortet
- Antwort von Herrn Gatzlaff
  - . die Übertragung von Haushaltsmitteln verbessert eine flexible Bewirtschaftung und trägt damit zur wirtschaftlichen Handlungsweise der Stadtverwaltung bei
    - wegen Doppikeinführung und Personalschwierigkeiten sollte den Fachämtern die Aufgabenerfüllung erleichtert werden durch 100%ige Übertragung, in späteren Haushaltsjahren kann zu der angestrebten 50%igen Übertragung zurückgekehrt werden

**Der Finanzausschuss nimmt die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009 zur Kenntnis.**

**TOP 11.2**

**Vorlage:** BV/458/2010

**Einreicher  
zuständige**

**Dienststelle:** 17 - Steuerungsdienst

**Abtretung von Ansprüchen auf Entschädigung nach § 9 GBBerG an die WHG**

- Herr Passoke
  - . ist der Meinung, dass die Stadt die Ansprüche auf Entschädigung vor der Stichtagsregelung nicht an die WHG abtreten und
  - . die Höhe der Entschädigungsleistung festlegen sollte

- Antwort von Herrn Gatzlaff
  - . Problem wurde in der Stadtverwaltung diskutiert
  - . es wurde im Ergebnis vorgeschlagen, dass aufgrund der sachlichen Zuordnung und des Aufwand/Nutzen-Aspektes die Grundstücke bei der WHG zu belassen
  
- Herr Passoke
  - . vertritt die Meinung, dass die WHG derzeit nicht in der Lage ist, die Nutzungsentschädigung auszuhandeln
  - . falls die Abtretung an die WHG erfolgen sollte, muss die Stadt nach seiner Meinung die Höhe der Entschädigung festlegen können (z. B. 10 %)
  - . die Entschädigung muss durch den ZWA gezahlt werden und wirkt sich auf die Höhe der Wasserkosten aus
  
- Antwort von Herrn Gatzlaff
  - . die Berechnung des Wertausgleiches ist festgelegt
  
- Herr Eydam
  - . stellt fest, dass der ZWA insgesamt 31.386,14 € ermittelt hat (Liste der Grundstücke und Dienstbarkeiten)
  - . er bemerkt weiter, dass es für die Ermittlung solcher Nutzungsentschädigung gesetzliche Vorschriften gibt, an die man sich halten muss
  
- Herr Trieloff
  - . gibt zu Bedenken, dass der WHG mehr Vertrauen entgegengebracht werden sollte

**Abstimmung:** mehrheitlich befürwortet

**Beschlussvorschlag:**

Der Finanzausschuss befürwortet nachfolgenden Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt, die Ansprüche auf Entschädigung nach § 9 Grundbuchbereinigungsgesetz an die Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH (WHG) abzutreten. Die Abtretung der Ansprüche auf Entschädigung bezieht sich ausschließlich auf die im Eigentum der WHG befindlichen Grundstücke.

gez. Sponner  
Vorsitzender des  
Finanzausschusses

gez. Blankenburg  
Schriftführerin

**Sitzungsteilnehmer/innen:**

- **Vorsitzender**  
Gottfried Sponner
  
- **Stellvertreter des Vorsitzenden**  
Hans-Joachim Blumenkamp vertreten durch Herrn Christoph Eydam
  
- **Ausschussmitglied**  
Conrad Morgenroth ab 18:05 Uhr anwesend  
Nicky Nerbe  
Volker Passoke  
Eckhard Schubert  
Götz Trieloff  
Albrecht Triller  
Ringo Wrase
  
- **sachkundige Einwohner/innen**  
Andreas Fennert  
Stephan Fischer  
Eckard Hafemann  
Dr. Elvira Kirschstein  
Daniel Kurth entschuldigt  
Thomas Lindenberg unentschuldigt  
Martin Mischel  
Jessika Schweda unentschuldigt  
Werner Voigt
  
- **Ortsvorsteher/in**  
Karen Oehler  
Carsten Zinn von 18:00 Uhr bis 19:05 anwesend
  
- **Dezernent/in**  
Bellay Gatzlaff
  
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**  
Renate Geissler  
Edmund Lenke  
Sylke Wendlandt